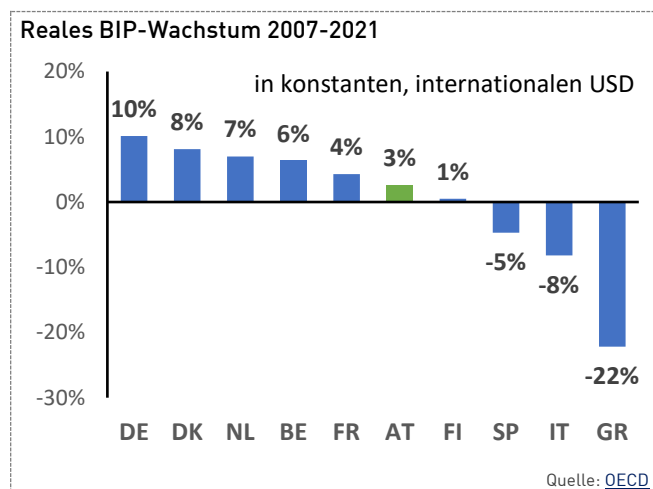




CHART OF THE WEEK

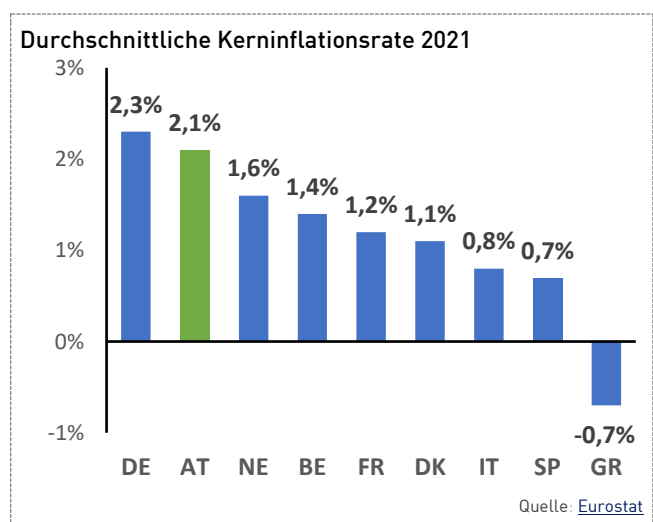
2010ER-JAHRE ALS VERLORENE DEKADE

Zu wenig Investitionen, zu wenig privater Konsum: Diese Tendenzen haben die 2010er-Jahre in vielen EU-Ländern geprägt. Das zeigte sich in einem schwachen Wirtschafts- und Produktivitätswachstum, auch in Österreich.



Die Weltwirtschaftskrise (2007/08) und die Eurokrise (2010 bis 2014) haben viele Euroländer in eine tiefe Rezession gestürzt, von der sich einige Volkswirtschaften bis heute nicht erholt haben. Beispielsweise liegt das reale BIP in Griechenland - zusammen mit dem Einbruch durch Covid-19 - heute 22 % unter dem Niveau von 2007. Österreich liegt mit seinem realen Wirtschaftswachstum im europäischen Mittelfeld, konnte also nicht mit den Top-Performern mithalten. Doch selbst die Spitzenreiter sind im historischen Vergleich langsam gewachsen. Wäre Österreich mit seiner historischen Wachstumsrate von 2 % (real) gewachsen, wäre das BIP heute um 32 % höher als im Jahr 2007.

In Preisen von 2010 gerechnet, wäre das österreichische BIP (real) pro Kopf um 10.510 Euro höher als jetzt. Das heißt, anstatt eines realen Pro-Kopf-Einkommens von 37.000 Euro im Jahr 2021 würde der durchschnittliche Österreicher über 47.000 Euro verdienen, wenn sich das Wachstum fortgesetzt hätte.



Ein weiteres Resultat des schwachen Wachstums vieler EU-Länder sind die sehr niedrigen Kerninflationsraten im Jahr 2021. Obwohl die globalen Öffnungsschritte weltweit zu steigenden Inflationsraten geführt haben, verharrte die Kerninflation in Italien und Spanien bei unter einem Prozent, in Griechenland war sie sogar negativ. Die Ursache liegt in den großen Outputlücken der jeweiligen Länder. Wie ein aktuelles Papier des deutschen Thinktanks [Dezernat Zukunft](#) argumentiert, ist der potenzielle Output oft viel höher als allgemein angenommen, da die Erwerbsquote von Frauen in vielen Ländern sehr niedrig ist. Dies hat unter anderem Implikation für die (derzeit noch ausgesetzten) EU-Fiskalregeln.

Fazit: Die Zwanzigerjahre dürfen keine Wiederholung der letzten 14 Jahre werden. Das Jahr 2020 hat bewiesen, dass eine angemessene makroökonomische Krisenreaktion eine wirtschaftliche Katastrophe verhindern kann. Diese Erfahrungen werden dabei helfen, auf die Klimakrise, den Ukrainekrieg und den anstehenden Bevölkerungsrückgang angemessen zu reagieren.